



Mediendienst

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bundesvorstand - Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

12.10.2017 – PM 100/2017

22. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU

IG BAU: Care-Arbeit muss bei Rente angemessen anerkannt werden

Berlin - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert verstärkte Anstrengungen gegen Altersarmut. Gerade in den von der IG BAU vertretenen Branchen sind Beschäftigte von Niedrigrenten bedroht. Die rund 300 Delegierten des 22. Ordentlichen Gewerkschaftstags der IG BAU in Berlin haben heute (für die Red. 12. Oktober 2017) daher ihre Positionen zur Rentenpolitik diskutiert und beschlossen. Ziel ist es, dass die Rente für ein gutes Leben reicht. Dazu soll als erster Schritt das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisiert und auf mindestens 50 Prozent angehoben werden. Ohnehin erforderliche Beitragserhöhungen müssen dafür vorgezogen werden. Ihnen stehen höhere Rentenansprüche gegenüber. Zudem stimmten die Delegierten für die Fortentwicklung des Rentensystems hin zu einer Bürgerversicherung. Damit werden Solo-Selbstständige, Beamte, Politiker und weitere Erwerbstätigengruppen in die gesetzliche Rente einbezogen und abgesichert. Sogenannte Care-Arbeitszeiten, wie die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen, müssen angemessen anerkannt und aus Steuermitteln finanziert werden. Zudem fordert die IG BAU, dass Renten aus Niedrigeinkommen, wovon vor allem Frauen betroffen sind, angehoben werden.

Die IG BAU fordert zudem eine verbesserte Erwerbsminderungsrente und erteilt einer längeren Lebensarbeitszeit eine Absage. Vielmehr fordert die IG BAU ein staatlich unterstütztes Altersflexi-Geld, für einen flexiblen Übergang in die Rente für Beschäftigte, die gesundheitlich nicht bis 65 und erst recht nicht bis 67 durchhalten.